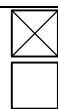


Antrag

Nr. AN 532/2018



öffentlich

nicht öffentlich

eingereicht durch:

Karin Müller (SPD), Karin Griesche (CDU), Margit Meyer (BBS/UBS), Bernd Spieler (NF/GRÜNE/FFW) und Fritz Viertel (DIE LINKE)

Beratungsfolge:

	Sitzungs- datum	Vertreter		Abstimmungsergebnis			
		gew.	anw.	ja	nein	enth.	*bef.
Gemeindevertretung	27.06.2018	23	21	15	3	3	-

Betreff: Erprobung Einbahnstraßenregelung Grundschule II (Watenstädter Str. zw. Prager Str. und Wittstockstr.)

Beschlusstext:

Die Gemeindevertretung beschließt – auf Empfehlung der AG Schulwegsicherung – zur Steigerung der Schulwegsicherheit an der Grundschule II eine einjährige Erprobungsphase mit einer Einbahnstraßenregelung in der Watenstädter Straße zwischen Prager Straße und Wittstockstraße. Zum Ende der Erprobungsphase ist der Gemeindevertretung eine Auswertung der Maßnahme zur Beschlussfassung über eine dauerhafte Fortführung der Einbahnstraßenregelung vorzulegen. Der Bürgermeister wird beauftragt, alle erforderlichen Schritte mit den zuständigen Behörden umzusetzen.

Sachverhalt:

In der Sitzung des Bildungs- und Sozialausschusses am 11.10.2017 informierte Herr Seibt als Vorsitzender der AG Schulwegsicherung über deren Arbeitsergebnisse sowie Empfehlungen zur Steigerung der Schulwegsicherheit im Umfeld der beiden Schöneicher Grundschulen. Dazu gehörte die Einrichtung einer Einbahnstraßenregelung an der Grundschule II in der Watenstädter Straße zwischen Prager Straße und Wittstockstraße. Der Ausschuss befürwortete einhellig, diese Maßnahme für eine zunächst einjährige Erprobungsphase umzusetzen und anschließend über ihre dauerhafte Fortführung zu entscheiden. Die Gemeindeverwaltung teilte mit, sie würde nur auf Grundlage eines formalen Beschlusses der Gemeindevertretung dazu tätig werden. Die Mitglieder des Bildungs- und Sozialausschusses haben sich deshalb in der Sitzung am 28.02.2018 darüber verständigt, den vorliegenden Antrag gemeinsam einzureichen.

Finanzielle Auswirkungen:

Zur Umsetzung fallen Personal- und Sachkosten im Rahmen der laufenden Verwaltung an.

Schöneiche bei Berlin, 30.03.2018

i.A. Karin Müller, Vorsitzende des Ausschusses für Bildung und Soziales